

## Medienmitteilung

Bern, 13. Januar 2022

### Weitere Auskünfte erteilen:

Daniel Arn, Präsident Direktor Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, 079 330 31 75

Adrian Haas, Direktor Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, 079 717 24 24

## Ja zur Revision der Motorfahrzeugsteuer im Kanton Bern

**Der Vorstand des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern (HIV) befürwortet das neue Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge, das am 13. Februar 2022 zur Abstimmung kommt. Dies vor allem auch deshalb, weil die mit der Ökologisierung verbundenen Mehreinnahmen von rund CHF 40 Mio. zu einer entsprechenden Senkung der Einkommenssteuern führen.**

Der Vorstand des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern (HIV) hat an seiner letzten Sitzung die Parolen für die Volksabstimmungen vom 13. Februar 2022 gefasst.

### **Er befürwortet das neue kantonale Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge.**

Die Änderung verfolgt grundsätzlich zwei Ziele: Einerseits soll die Steuer dank einer ökologischen Komponente dazu beitragen, dass mehr klimaschonende Autos gekauft werden. Andererseits verpflichtet die Vorlage zu einer Senkung der Einkommenssteuern der natürlichen Personen um den Betrag der Mehreinnahmen.

«Dem Wirtschaftsverband ist die übermässige Besteuerung des Mittelstandes im Kanton Bern als negative Standortbedingung seit Jahren ein Dorn im Auge», sagte Daniel Arn, Präsident HIV. «Deshalb gewichten wir die Senkung der kantonalen Steueranlage schwerer als die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern und empfehlen die Vorlage zur Annahme.» Ausserdem ist für den HIV relevant, dass das Gewerbe durch die angepassten Tarife für Lieferwagen geschont wird. Als Nebeneffekt begrüsst der HIV die ökologische Ausrichtung der Vorlage.

### **Er sagt einmal Ja und dreimal Nein zu den nationalen Vorlagen**

#### • **Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben**

Der HIV spricht sich klar für die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital aus. Sie ist schädlich für KMU und belastet forschungsintensive Start-ups, noch bevor diese überhaupt Gewinn erzielen. Die Abgabe verschärft Krisen, indem sie Firmen ausgerechnet dann trifft, wenn sie in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken und Eigenkapital aufstocken müssen. Ausserdem fördert sie die Verschuldung, weil anders als bei Eigenkapital auf der Aufnahme von Fremdkapital (Kredite, Darlehen) keine Abgabe geschuldet ist.

#### • **Nein zur Volksinitiative Tier- und Menschenversuchsverbot**

Die Vorlage beinhaltet ein absolutes Verbot von wissenschaftlichen Tests mit Tieren und Menschen und den Import solcher Produkte. Damit schränkt sie die Gesundheitsversorgung in der Schweiz massiv ein, schwächt die Tiermedizin und fügt dem Forschungsstandort schweren Schaden zu.

#### • **Nein zur Volksinitiative Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung**

Die Initiative für ein Tabakwerbeverbot würden zu einem faktischen Werbeverbot grundsätzlich legaler Produkte führen. Dies wäre ein gefährlicher Präzedenzfall für weitere Werbeverbote wie etwa für Alkohol, Fleisch oder Zucker. Werbung ist die Grundlage für einen funktionierenden Wettbewerb. Jugendschutz kann auch mit verhältnismässigen Mitteln angestrebt werden, wie das jüngst vom Parlament verabschiedete Tabakproduktegesetz zeigt.

#### • **Nein zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien**

Für den HIV sind die gut gemeinten Massnahmen bei allem Verständnis für die Wichtigkeit der Medien zu wenig zielführend. Sie zielen vorwiegend auf den Erhalt der heutigen Marktstruktur ab, anstatt auf eine höhere Anpassungsfähigkeit. Es besteht ein erhebliches Risiko, dass die zusätzlichen Subventionen ihren Zweck verfehlen und neue Abhängigkeiten schaffen. Auch fehlt weiterhin eine klare Umschreibung des medialen «Service public». Unter diesen Voraussetzungen ist ein derart starker und verfassungsmässig umstrittener Eingriff in den Medienmarkt nicht zu verantworten.